



Der katholische Osnabrücker Sozialethiker Prof. Dr. Manfred Spieker hat auf dem Kongreß des Gemeindehilfebundes im Krelinger Studienzentrums die Familienpolitik der Bundesregierung scharf kritisiert. Durch die Fixierung der Familienpolitik auf das sogenannte Gender Mainstreaming würden die sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse über die Beziehungen zwischen Ehe, Familie und Kindeswohl nicht ausreichend berücksichtigt. [...](#)

Der Begriff Gender Mainstreaming bezeichnet die gesellschaftliche Gleichschaltung der Geschlechter, die nach dieser Ideologie nicht primär biologisch, sondern sozial bestimmt sind. So unterscheidet die Gender Mainstreaming Ideologie nicht zwei, sondern mindestens vier Geschlechter: männlich, weiblich, homosexuell und transsexuell. Alle Behörden auf EU- und Bundesebene sind angewiesen, bei allen Verordnungen und Gesetzen die Gender Ideologie an erster Stelle zu berücksichtigen.

Dazu gehören unter anderem die Bemühungen der CDU geführten Bundesregierung durch verschiedene Maßnahmen Frauen den Weg in den Beruf nach der Geburt eines Kindes erleichtern. So soll bis zum Jahr 2013 für jedes dritte Kind unter drei Jahren ein Krippenplatz zur Verfügung stehen. Damit soll zum einen die Frauenerwerbsquote und zum anderen die Geburtenrate gesteigert werden.

Spieker wies in seinem Vortrag darauf hin, daß die Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben und die Geburtenrate in keinem Zusammenhang stehen. Mitteldeutschland hat mit 75 Prozent eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen, zugleich mit durchschnittlich einem Kind pro Frau aber eine der niedrigsten Geburtenraten der Welt. Auch die mit 40 Prozent höhere Versorgungsquote an Krippenplätzen habe offenkundig keinen Einfluß. Im Westen gibt es nach Spieker nur für jedes zehnte Kind einen Krippenplatz. Die Geburtenrate sei mit 1,4 aber höher als im Osten.

Spieker plädierte für eine stärkere Förderung der häuslichen Betreuung. Zugleich kritisierte er, daß die Bundesregierung versuche, Scheidungen zu verharmlosen, obgleich eindeutig erwiesen sei, daß die Armutsraten, die Schulabbrecherquoten und die Kriminalitäts- und Selbstmordraten bei Kindern unverheirateter oder geschiedener Eltern deutlich höher liegt.

Das Gemeinwohl zahle einen hohen Preis für den Niedergang einer stabilen Ehekultur. Spieker forderte die Familienpolitiker auf, sich wieder am Grundgesetz zu orientieren und Ehe und Familie einen besonderen Schutz zuzuerkennen. Mit Bezugnahme auf das Subsidiaritätsprinzip forderte er, der Staat solle nicht Aufgaben an sich reißen, die die Familie selbst erledigen könnten.